

Blackout in Bastar

Menschenrechtsverletzungen in Chhattisgarh – Journalisten verstummen

Jessica D'Ovidio

Kaum ein Journalist berichtet mehr ohne Angst im indischen Bundesstaat Chhattisgarh. Verschiedene unabhängige Forschungsteams sowie Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International India beobachten Repressionen gegenüber der Zivilgesellschaft in Bastar, die sich insbesondere gegen Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und Adivasi richtet, die Ureinwohner der Region. Willkürliche Verhaftungen, Folter in Polizeigewahrsam, Verschwindenlassen und Drohungen durch die Polizeikräfte sind an der Tagesordnung. Journalisten wie Malini Subramaniam, Somaru Nag und Santosh Yadav werden verhaftet oder vertrieben. Menschenrechtsverletzungen an den Adivasi bleiben im Dunkeln.

Die Polizei fährt mit ihrem Jeep bei Malini Subramaniam vor. Es ist der 10. Januar 2016, 23 Uhr abends. Sie will Nachforschungen anstellen. Wozu genau, erfährt Subramaniam nicht. Stattdessen muss sie zur späten Stunde eine Befragung über sich ergehen lassen: Woher sie komme, was sie mache, wieso sie in entlegene Regionen Bastars reiste. Die 40-minütige Befragung endete mit der Feststellung der Polizisten, dass es die Nachrichtenagentur *scroll.in*, für die Subramaniam arbeitet, hier nicht gebe. Das passiert nicht zum ersten Mal. Häufig spricht die Polizei Journalisten in der Region die Berechtigung ab, tatsächlich als solche zu arbeiten. Die Polizisten scheuen nicht davor zurück, Medienagenturen einzuschüchtern und diese zur Kündigung kritisch berichtender Journalisten zu bewegen. *Scroll.in* wendet sich jedoch am nächsten Tag an den Distriktleiter der Polizei RN Dash in Bastar sowie an den Ministerpräsidenten von Chhattisgarh und den Direktor der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Die Arbeit von Subramaniam und anderen Journalisten solle künftig nicht nochmals durch Einschüchterungen der Polizei in Bastar behindert werden.

Es ändert sich allerdings nichts. Subramaniam wird erneut befragt, über-

wacht und stigmatisiert. In einem weiteren Schreiben wendet sich *scroll.in* an den Ministerpräsidenten. Man habe sich um die Angelegenheit gekümmert, so ein Mitarbeiter der Regierung des Bundesstaates. Dennoch rät er Subramaniam, sie solle vorsichtig sein. Im Februar 2016 verlässt sie die Region Bastar, nachdem ihr Vermieter von den regionalen Polizeikräften gezwungen wurde, ihren Mietvertrag zu kündigen. Nicht allein die Polizei der Region geht gegen unabhängige Berichterstattung vor. Auch selbsternannte Bürgerwehren wie *Samajik Ekta Manch (Social Unity Forum)* und *Mahila Ekta Manch (Women's Unity Forum)* bedrohen unliebsame Journalisten, die den Adivasi zu Gehör verhelfen. Subramaniam berichtete über Proteste der Adivasi gegen die Gräueltaten der Polizei, über Vorwürfe massiver sexualisierter Gewalt durch Sicherheitskräfte sowie über die Verhaftung und mutmaßliche Folter von Journalisten durch die Polizei. Vor Malini Subramaniams Haus versammelte sich mehrmals ein Mob von bis zu 20 Personen. Sie erhielt auch Todesdrohungen. Ihre Kollegen Santosh Yadav und Somaru Nag wurden 2015 aufgrund ihres Kontaktes zu bewaffneten Gruppen der Maoisten auf der Grundlage konstruierter Indizien strafrechtlich verfolgt und gefoltert.

Seitdem warteten sie auf ihre Verurteilung.

Verdrehte Wahrheiten, Polizeiwillkür und Pressezensur

Somaru Nag saß seit über einem Jahr in Haft. Ihm wurden Brandstiftung, verschwörerische Tätigkeiten und Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung auf Grundlage des *Indian Penal Code* und des *Arms Act* vorgeworfen. Im Falle einer Verurteilung drohte ihm eine siebenjährige Haftstrafe. Nag untersuchte in der Konfliktregion den mangelnden Zugang zu Wasser, willkürliche Verhaftungen und erzwungene Geständnisse von Adivasi, auf deren Grundlage Dorfbewohner als mutmaßliche Maoisten verhaftet wurden. Somaru Nag wurde am 21. Juli freigesprochen wenngleich nicht unmittelbar freigelassen.

Mit scheinbaren Fahndungserfolgen im Kampf gegen naxalitischen Terror schmückt sich die Polizei in Bastar. Eine Untersuchung des *Indian Express* von Dezember 2014 lässt jedoch am Wahrheitsgehalt der Nachrichten über die Anzahl gefasster Naxaliten (Anhänger der Maoisten) zweifeln. Zwischen Januar 2012 und Mai 2014 ergaben sich 29 Maoisten. In den sechs Monaten von Juni bis



Von links nach rechts: Die Journalisten Depak Jaiswal, Somaru Nag, Santosh Yadav, Prabhat Singh wurden in ihrer Arbeit systematisch behindert.

Bilder: Amnesty International India

Dezember 2014 stieg die Zahl auf 377 an. Bei etwa 270 Verhafteten muss davon ausgegangen werden, dass sie einfache Dorfbewohner sind, die die Polizei zu einem Geständnis zwang.

Auch Santosh Yadav berichtete über Menschenrechtsverletzungen an Adivasi. Er wurde Zeuge einer Polizeioperation gegen Maoisten, im Zuge derer unschuldige Dorfbewohner verhaftet wurden. Yadav verhalf ihnen zu einem Rechtsbeistand durch die *Jagdalpur Legal Aid Group* (JagLAG). Wenige Tage später, am 29. Oktober 2015, wurde er selbst verhaftet. Er wird beschuldigt, einer bewaffneten maoistischen Gruppierung anzugehören und gegen den *Unlawful Activities Prevention Act* (UAPA) sowie den *Chhattisgarh Special Public Security Act* (CSPSA) verstoßen zu haben. Ihm drohen weiterhin bis zu zehn Jahre Haft.

Journalismus und die öffentliche Ordnung

Gesetze wie UAPA und CSPSA, die den naxalitischen Terrorismus in der Region eindämmen sollen, werden für staatliche Repression gegen unliebsame Kritiker missbraucht. Die Gesetze geben den örtlichen Polizeikräften weiten Spielraum: Tatbestände wie der terroristische Akt, die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und eine rechtswidrige Tätigkeit können weit und willkürlich gefasst, Beschuldigte auf dieser Grundlage leicht verurteilt werden. Zumindest in Teilen widerspricht UAPA den Anforderungen der von Indien ratifizierten, internationalen Menschenrechtskonventionen. Durch eine weite Auslegung des CSPSA wird die Meinungs-

freiheit eingeschränkt: Eine Reportage über Terrorismus kann beispielsweise als Versuch gewertet werden, die öffentliche Ordnung zu stören.

Der Journalist Rajkumar Soni von *The National Daily Patrika* beschreibt gegenüber Amnesty International India das Paradox, das seinen Kollegen zum Verhängnis wurde: „Bittet man die Polizei um Auskunft, bezichtigen sie dich als anti-nationalistischen Reporter und sagen, sie wollen keine Informationen weitergeben. In Bastar muss man als Journalist gelegentlich auch mit Maoisten sprechen, genauso wie man in Mumbai mit Geschäftsleuten, Politikern oder Polizisten spricht, um eine Geschichte schreiben zu können. Schützt uns nicht das Gesetz, ihre Version der Geschichte zu erzählen?“

Ginge es allein nach der Polizei, gälte zur Geschichte über die Region Bastar allein folgendes Narrativ: Der Kampf gegen die Maoisten ist ein Kampf für die Nation. Wer den Maoisten Gehör schenkt und über ihre Situation berichtet, stellt sich auf deren Seite und agiert anti-nationalistisch. Die Fronten sind nach den jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften Basters und den maoistischen Rebellen klar abgesteckt. Eine Meinung dazwischen gibt es nicht. Dieser skurrile Schwarz-Weiß-Blick ist keine Erfindung der Autorin sondern Ergebnis eines Reiseberichts vom März 2016, den ein unabhängiges dreiköpfiges Forscherteam der Schriftsteller-Gilde vorlegte. Nicht überraschend: die Regierung kommt auch den Adivasi gegenüber ihren Verpflichtungen aus

Anhang Fünf (*Fifth Schedule*) der indischen Verfassung nicht nach. Dem zufolge müssten die Stammesvölker besonderen Schutz genießen.

Die Anzahl der Journalisten, die über Menschenrechtsverletzungen an Adivasi in Bastar berichten, wird durch das drakonische Durchgreifen der regionalen Polizeikräfte dezimiert. Umgekehrt reagieren inzwischen auch die Maoisten skeptisch auf die Presseberichterstattung. Für die Journalisten geht so von beiden Seiten Gefahr aus. Verkompliziert wird der Anspruch auf authentische Berichterstattung dadurch, dass nur wenige indische Journalisten die Sprachen der Adivasi beherrschen. Eine Verständigung mit den eigentlichen Leidtragenden des Konflikts ist kaum möglich. Darüber hinaus gibt es wenig englischsprachige Presse in Bastar, die Berichte über die Konflikte und Repressalien weniger gefährdet nach außen transportieren könnte. Inzwischen sind fünf Journalisten innerhalb eines Jahres in Bastar willkürlich verhaftet worden. Dies passt zum politischen Diskurs, den die BJP für das ganze Land pflegt: Andersdenkende sind Feinde der Nation.

Zur Autorin



Jessica D'Ovidio lebt in Berlin und arbeitet in einer Agentur für digitale Kommunikationslösungen. Im Rahmen ihres Studiums der Kulturwissenschaften im Jahr 2011 studierte sie ein Semester an der JNU in Neu-Delhi. Seit Anfang 2015 ist sie Mitglied in der Indien-Koordinationsgruppe von *Amnesty International* Deutschland.